Saar-Post

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Geschäftsstelle und Wochenschrift, Geschäftsstelle: Saarlouis, St. Wendel
Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung
Fernsprecher 20 und 30. Postscheck 39

DISSIPAT ATQUE FOVET

18 Tage- und Anzeigenblatt 72

für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post frei. 11.00.
Zeilenpreis: Die 6gespaltene 40 mm-Zeile 0.35 Frk., Druckzeilen 10 Pfg. Amtliche Anzeigen 30 Gld.

Nr. 122 — Saarlouis, Mittwoch, den 29. Mai 1929. — 58. Jahrgang

Eine lustreinigende Aussprache.

Dr. Stresemann vor den Vertretern der Presse.

Die parteipolitische Ausschlachtung der Pariser Konferenz beweg Stresemann, sich vor den Vertretern der Presse über alle aufgetauchten Fragen und besonders Irrtümer zu äußern.

Er legte prägnant Wert auf die Feststellung, daß der Pariser Reichsrat den Sachsen Staatssekretär v. Rüchmann weiter von Bonn nach von sonst einen verantwortlichen Mitglied des Auswärtigen Amtes vorzuschlagen weiter sei, daß also die amtliche deutsche Politik mit dem, was Herr v. Rüchmann in Paris getan oder gesprochen habe, nicht das Geringste zu tun habe. Jeder, der fernerhin noch behaupte, daß Rüchmann durch das Auswärtige Amt veranlaßt worden sei, in Paris Mitte zu sein, spreche bewußt die Unwahrheit. Was der englische Botschafter über diese angeblich vom Auswärtigen Amt veranlaßte Tätigkeit des Herrn v. Rüchmann den Vertretern Mit ein Geschäftsfreund, das angeblich von Herrn von Rüchmann Kommende, vorgelegt habe, habe er (Stresemann) erklärt, daß er damit nichts zu tun habe; dasselbe gelte von der Tätigkeit des Herrn von Rüchberg.

Der Rücktritt des zweiten Hauptbeteiligten

Dr. Bögler

habe bekanntlich erst nach der ersten Pariser Ausschußsitzung konstatiert werden müssen, weil zu diesem Zeitpunkt ein Rücktritt tatsächlich noch nicht erfolgt war. Es sei richtig, daß von mehreren Mitgliedern des Ausschusses der Herren Bögler in Berlin eingetreten ist, in dem er die Reichsregierung um seinen Rücktritt ersuchte. Es sei aber bald darauf von Herrn Bögler ein zweiter Brief geschrieben worden, in dem er bat, seinen ersten Brief als nicht erfolgt zu betrachten. Infolgedessen ist die Pariser Ausschußsitzung fortgesetzt zu behandeln, daß ein offizielles Rücktrittsgesuch des Herrn Bögler bis heute nicht in den Händen der Reichsregierung sei. Er (Stresemann) könne sich jener Bitte des Herrn Bögler, die einzige Handelsmann an Dr. Bögler gerichtet haben, nicht anschließen, aber er habe von seiner Auffassung leid Geld gemacht, daß er nicht glaube, Herr Bögler habe seinen Rücktrittsentschluß auf Drängen schwerindustrieller Kreise gefaßt. Er sei vielmehr der Ueberzeugung, daß nur die persönliche Auffassung Herrn Bögler hier maßgebend gewesen sei, daß Industrieinflüsse ganz zu verlassen. Das sei ihm auch in einer persönlichen Unterredung mit Bögler bestätigt worden. Mit den Angriffen in der Presse gegen Dr. Bögler habe er nichts zu tun gehabt.

Der Reichsaußenminister sagte weiter: Die ganze Konferenz hat in der letzten Zeit

einen politischen Charakter

angenommen. Es ist ein Vorrat nationaler Interessen, wenn behauptet wird, daß die Reichsregierung den Franzosen auf Kosten zu verzichten gegeben habe, sie wäre zu größeren Konzessionen bereit. Ich stehe persönlich in einer schwierigen Situation. Ich weiß gar nicht, ob ich nach Madrid zu der Tagung des Völkerbundsrates werde kommen können. Die deutschen Sachverständigen haben ihrerseits stets erklärt, daß sie sich vor entscheidenden Schritten mit der Reichsregierung in Verbindung setzen würden. Dies haben sie auch getan. Andererseits hat die Reichsregierung die Unabhängigkeit der Sachverständigen nie in geringsten angetastet. Noch vor einigen Tagen hat die Reichsregierung den Sachverständigen die Mitteilung zukommen lassen: „Reichsregierung überläßt Ihnen vollkommene Handlungsfreiheit in Bezug auf das Schema, das jetzt vorliegt." Die in Frage kommenden Reichsressorts seien jüngst über die Arbeiten in Paris informiert gewesen und es sei ihre Pflicht, sich vollkommen auf den Laufenden zu halten. Aber von einer Niederregierung zu sprechen, sei eine grobkörnig gestaltete Verdrehung.

Wenn der Name Parker Gilbert in die Debatte gekommen sei, gelegt worden, Gilbert sei von den französischen Gleisen empfohlen worden, so ist es selbstverständlich, daß Gilbert mit deutschen Stellen Fühlung nehme. Schließlich ist noch davon gesprochen worden, daß über die deutsche Gesetzes den Franzosen entgegen worden sei. Aber die deutsche Regierung weiter zu geben verbindlichste als die Sachverständigen. Auf die Frage, was in Paris „dunkle Tage" gegangen sei, meine es in der „Frankfurter" wäre, der Stresemann noch der deutsche Botschafter wären damit gemeint; aber es gebe auch andere Wege über die Botschaft.

Diese Mitteilungen waren Stresemann nicht leicht zu nehmen. Wenn jemand in der deutschen Botschaft von einer Differenz, die angeblich zwischen der Regierung und den Sachverständigen bestehen sollte, in Frankfurt die Sachverständigen Gültigkeit Kenntnis gegeben hätte, so wäre das nicht anders zu gewesen als ein schmählicher Verrat der Interessen des Landes. In Berlin ist aber nichts davon bekannt, war einen solchen Weg benutzt haben könnte. Wenn so etwas behauptet würde, dann müßte es auch bewiesen werden."

Abschließend bemerkteten Stresemann noch, daß Briand's Appell Botschafter von Hoesch einen diplomatischen Appell an ihn gerichtet hätte. Herr von Hoesch hat lebhaftig den Rücktritt Bögler's mitgeteilt.

Der Außenminister will, um die gegenwärtige Situation ihre Mißtrauens wollt zu zerstreuen, den Auswärtigen Ausschuß einberufen Rede und Antwort stehen. Eine solche Sitzung des Auswärtigen Ausschusses müßte aber bald einberufen werden, da in der nächsten Woche die Völkerbundstagung in Madrid beginnt.

Französische Saarmißellen.

Auch enthetzeit der Haupt- und Staatsaktionen — so am Freitag der in zweiter Auflagung inszenierte Vortrag des Handelsbaumeisterstreits Trouard in der Pariser Handelshochschule — fallen den fleißigen Leser französischer Zeitungen wunderbar auffällig viel nervöseste Kleinigkeiten ins Auge, wenn sich das neuermachte französische Interesse für die „Saarprobleme", oder richtiger: die nach den einheimischen Gleichgewichten gemeite Zentralstelle ausgewertet Bearbeitung der öffentlichen Meinung, in scharfeerschöpfen Einzelfällen offenbart, wobei die egoistisch-schaulappenhafte Auffassung in allerlängen Sinne und Augen Frankreichs „tief blicken" läßt.

Unter der Spitze „Schul-Chauvinismus" bringt der „Temps" (25. Mai) eine Zuschrift aus dem Saargebiet, die sich über das in den Saarschulen gebrauchte Lied „Mir leben in Rüden" entrüstet. Das großa, von jener französischen Regierung halbamtlich benützte Sprachengesetz hat die Zuschrift eines Korrespondenten: „Die Weimarer Verfassung Deutschland ausdrücklich, daß der Unterricht in Sachen der Mitbewerbsfragen erteilt werden soll. Im Saargebiet, das die Kontrolle des Völkerbundes unterstellt ist, das Volk, welches diese Schule anbieten ausgeset." Man hält sich an den Kopf über solche Bewirrung der Begriffe: Der „Temps" möchte den Saarschulen verbieten, um die „Verkehrs" der Heimat und der Fremdsprachen zu betrieb", herbeiführ „Temps" findet es offenbar aber ganz in der Ordnung, wenn der französische Staat selbst, als der Grundeigtümer im Saargebiet, durch das dem Eine und Mitbestimmt bei Bergwerkes ausgeübte Eisenbahnbetriebe jener Dominikaschulen die völkerrechtliche Bestimmung des Versailler Friedensvertrages bricht, wonach die Saarstaatsbahner „ihre Schulen und ihre Sprache behalten".

„Germanomania" (also: „übertriebene Deutschtumsliebe") überschreibt die Zeitung ein ebenfalls „Gandi" (18. Mai) folgendes Stückchen: „Es gelegen ein gewisses Sitzung in Saargebiet den höchsten Gemüt für gemisse Verbrauchsgüter zu bilden schreit und eine treue Kundschaft in die Geschäfte, die ausschließlich Waren aus Deutschland, als ein besonderes Schauzeichen. Zahlreich sind jetzt die Kaffees, worin Reklamesschilder mit einer plumpen und unzeitgemäßen Zeichnung Bismarcks bestehen. Wortlaute: „ausgezeichnet, Wieder zahlreiche Einbrauch überschreitet Kaffee" Kaffee. Schließlich ist entwickelt unter ehemaligen Feinde, um ihre Erzeugnisse bei uns einzuführen und damit unsere Wirtschaftes sowie unsere Wähler zu überbeimmen! Handelt es sich bei dieser Betätigung nicht um eine friedliche Durchdringung und eine Eroberer für unsere einheimische französische Bundesbriefe? Diese Frage kann sich mit Urnste erheben". „Ich währen Zuschen Beilt sich, wie das Blatt enthält, jedoch heraus, daß unter berühtigenden Etiketten („Royal Bier", „Weinbeer") tatsächlich moskiskomate Spanet Wein herstellt wurde! Mit begreiflicher Entrüstung merkt sich das Lyoner Sonntagsblatt gegen die Unterschätzung des französischen Geschmacks, denn man ein französisch Getränk verkaufen möchte, tatsächlich aber alldeutsches Erzeugnis ersetzt. „Das heißt wirklich uns allzu beeinspuhen, allzu wenig Kenner unter allzu blauen ausnehmen. Das Publikum wird nicht werden, daß, abgesehen von der Aufschrift, sich nichts geändert hat. Ich will nicht glauben, daß die Fabrikanten auf unsere angeborene Sensibilität gefeilt haben. Sie waren sicherlich nicht weiter so frech wie einst auf die Qualität ihrer Erzeugnisse, französischer Erzeugnisse, wenn sie ihre Ware mit einer ausländischen Flagge geben wollten. Seitdem man vor 10 Jahre nach dem Krieg in eine Gerätsmanschaft gefaßt, die traut allen ein wenig überzeugt?"... Das Wahlspiem-Bier hat es den Franzosen offenbar so angetan, daß einerseits die französischen Kaufleute in einer nicht gerade zarten Mitbewerb zu treten sich veranlaßt sehen, andererseits aber an die „Patrioten" der Appell ergeht, lieber statt echt französischer Getränke lieberlich ihre Ware zu trinken, als ihre Ware „französischer Produktion" ein Grab schaufeln zu helfen!..... D.

Die Pariser Verhandlungen.

Der Stand der Verhandlungen.

Paris, 28. Mai. Hoesch berichtet über den Stand der Reparationsverhandlungen, daß die Besprechungen am Montag unterbrochen zwischen Dr. Schacht und den Vertretern der Gläubigerstaaten fortgesetzt wurden. Sie begann sich auf die endgültige Form der beiden Kapitelen, den Zeitpunkt des Abschlusses des Dawesplanes und den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Youngplanes Planes. Ferner wurde die Frage der Einführung der Dreiteilung der Zahlung, die gegenwärtig aufgrund des Dawesplanes geordnet werden, für die jetzt der Youngplan nichts vorsieht. Es handelt sich dabei um die Fragen der Reparationsdemarkation und für die Besatzungstruppen, über die die einzelnen Regierungen entschieden können.

Führt Stresemann nach Madrid?

Berlin, 28. Mai. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat bekanntlich vor der Presse erklärt, daß es noch ungewiß sei, ob er sich zur kommenden Ratstagung persönlich nach Madrid begeben werde. Diese Mitteilung dürfte den Berlinerinnen noch noch darauf zurückführen sein, daß der Reichsaußenminister die Madrider Reise von dem Ergebnis der Pariser Verhandlungen abhängig machen wird. Das Madrider Blatt ist um diese Zeit besonders aufregend. Der Reichsaußenminister würde sich daher nach Madrid zur begeben, wenn er die Aussicht hat, die gesamten Fragen dort erörtern zu können, die im Zusammenhange mit den Reparationsverhandlungen stehen. Das gilt für die Räumung der Rheinlande. Bekanntlich wird die Räumung der zweiten Zone im Jahre 1930 fällig. Wegen der Rheinlandverträge scheint bisweilen die Anwesenheit Dr. Stresemann in Madrid nicht erforderlich zu sein, da eine endgültige Entscheidung erst im Dezember dieses Jahres auf der Völkerversammlung des Völkerbundes zu erwarten sein dürfte.

Gerüchte über Räumung der Rheinlande.

Paris, 28. Mai. Die im Laufe des Montags verbreiteten Gerüchte, daß sich die französische Regierung mit dem Gedanken trage, die Räumung der Rheinlande um 1. Januar nächsten Jahres vorzunehmen, werden von der Pariser Morgenpresse widerrufen. Der Petit Parisien schreibt, daß man in keiner Weise den Angeblick vorgegeben dürfte, in den das Rheinland gerissen werden müsse. Das sei eine rein politische Angelegenheit, die von den Regierungen bereits wiederholt für Die Besatzungsfrist, meint das Blatt, müßten solange getragen werden, wie die Besatzung fortdauere. Die Sachverständigen dächten nicht daran, wegen der Rheinlandräumung irgendwelche vorgesehenen Bestimmungen zu treffen.

Vor der Ratifikation der Lateran-Verträge.

Rom, 28. Mai. Die königliche Familie hat wieder in der Hauptstadt Wohnung genommen. Mussolini begab sich am gestrigen Montag zum königlichen Palais, wo er vom König empfangen wurde. Der Besuch hängt zusammen mit Debatte, daß der Vereinbarungen zwischen dem italienischen Staat und dem Lateran Gleichgeschäft erstattet. Die betreffenden Berichte werden dieser Tage mit den Ratifikationsdokumenten der Gesetzesbeschlüsse veröffentlicht werden. Der Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden wird demnächst festgesetzt werden.